

Zeitschrift: Jahrbuch für Solothurnische Geschichte
Herausgeber: Historischer Verein des Kantons Solothurn
Band: 79 (2006)

Artikel: Von einer linken zu einer links-grünen Politik : der Generationenwechsel in der SP des Kantons Solothurn von 1967 bis 1989
Autor: Ulrich, Dieter
Kapitel: 1: Die SP
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-325243>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 02.05.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

1. Die SP

1.1 Die SPS

Nach dem Zweiten Weltkrieg sorgte die einsetzende Hochkonjunktur für einen gewaltigen wirtschaftlichen Aufschwung. Die Arbeiterschaft profitierte in Form von erhöhten Reallöhnen und partizipierte am materiellen Wohlstand. Mit der Hochkonjunktur ging auch ein Ausbau des Sozialstaates einher, die AHV und die IV wurden mit verschiedenen Revisionen ausgebaut. Gleichzeitig mit der Verbesserung der materiellen Lage begann die Entpolitisierung der Arbeiterschaft. Als Folge davon wurde es immer schwieriger, Mitglieder für die Arbeitervereine, die Gewerkschaften und die Partei zu finden. «Die Arbeiterschaft stimmte mit dem Bürgertum überein in den Vorstellungen über die künftige gesellschaftliche Entwicklung: Wirtschaftswachstum, technischer Fortschritt (inklusive Atomtechnologie und Strassenbau), Ausgleich der Bildungsinhalte (Fernsehzeitalter).»²⁶

Politisch grenzte sich die SPS in der Zeit des Kalten Kriegs klar gegen links ab und liess sich in den stramm antikommunistischen Kurs der bürgerlichen Mehrheit einbinden. 1959 gab sich die SPS ein neues Parteiprogramm: «Die Partei präsentierte sich jetzt nicht mehr als Alternative im bürgerlichen Staat, sondern als ‹linke Volkspartei›, als die Vertreterin der Interessen der Lohnabhängigen innerhalb der schweizerischen Konsensdemokratie.»²⁷ Mit diesem Programm wurden «auch noch die letzten Vorstellungen einer Systemüberwindung über Bord geworfen.»²⁸ Im selben Jahr zog sie mit zwei Sitzen in den Bundesrat ein. Die SPS hob sich nun nicht mehr grundsätzlich von den bürgerlichen Bundesratsparteien ab, weil auch diese soziale Anliegen in ihre Programme aufgenommen hatten.

In den 60er Jahren sah sich die SP mit einem neuen Problem konfrontiert: Die rasche Zunahme der ausländischen Arbeitskräfte wurde von vielen Schweizer Arbeitern als eine Bedrohung empfunden. Man sprach von «Überfremdung», die Ausländer wurden für verschiedene Probleme wie Wohnungsnot, Überlastung der Infrastruktur oder die Umweltzerstörung verantwortlich gemacht.

Eine andere Reaktion auf diese neuen Probleme war die Bildung der 68er Bewegung. «Sie suchte den Ausweg nicht in rückwärts-gewandter nationaler Isolierung, sondern in der Ausrichtung auf neue, alternative Werte und Ziele.»²⁹ Ihren Ursprung hatte diese Bewegung

²⁶ Ebenda, 24.

²⁷ Lätt, 274.

²⁸ 100 Jahre SPS, 24.

²⁹ Ebd., 26.

vor allem in den USA und der BRD und verbreitete sich in ganz Westeuropa. In den USA kämpften die Students for a Democratic Society (SDS) vor allem gegen die Rassensegregation und für die Bürgerrechte. In der BRD galt der Widerstand des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (ebenfalls SDS) den Notstandsgesetzen der Regierung. Beiden gemeinsam war das Engagement gegen den Vietnamkrieg.³⁰ In Westdeutschland bildete auch die unaufgearbeitete und nicht bewältigte NS-Vergangenheit einen Kritikpunkt. Die 68er Bewegung setzte sich auch für die Erprobung neuer Geschlechterbeziehungen sowie für alternative Wohn- und Lebensstile ein. Die Ideologiekritik der meist studentischen Bewegung richtete sich gegen die Autorität in Familie, Wirtschaft, Politik, Militär, Schule und Universität. Ihren Höhepunkt erreichte die Bewegung im Mai 1968. In der Schweiz wurden vor allem die Globuskrawalle in Zürich bekannt. Der von der 68er Bewegung angestrebte Bruch mit dem bestehenden Gesellschaftssystem gelang jedoch nicht. Ingrid Gilcher-Holtey bezeichnet die 68er Bewegung als die bislang letzte soziale Bewegung, die über einen Gegenentwurf zur bestehenden Wirtschafts-, Gesellschafts- und Herrschaftsordnung verfügte.³¹

Aus der 68er Bewegung heraus entstanden in der Schweiz neben den neuen linken Parteien RML (Revolutionäre-Marxistische Liga) und POCH (Progressive Organisationen der Schweiz) auch neue soziale Bewegungen wie die Frauen-, Antiatom- oder Umweltbewegung. Ihre Proteste richteten sich aber nicht gegen das System als solches, sondern nur gegen einzelne Erscheinungsformen von Herrschaft und Umweltzerstörung, wie das Patriarchat, den Krieg oder die Atomkraftwerke. Einen starken Auftrieb erhielten diese neuen sozialen Bewegungen durch die Mitte der 70er Jahre einsetzende wirtschaftliche Strukturkrise. Sie führte zu einer sozialen Verunsicherung, die sich zunehmend mit einer Sensibilisierung für ökologische Gefahren verband. Immer deutlicher wurden die umweltzerstörenden Folgen der Wegwerf- und Konsumgesellschaft erkannt. Der Wachstumskonsens der Nachkriegszeit verflüchtigte sich in weiten Teilen der Bevölkerung immer mehr.³²

³⁰ Gilcher-Holtey, 25.

³¹ Ebenda, 115.

³² Gül, 36f.

1.1.1 Das Verhältnis der SPS gegenüber den neuen sozialen Bewegungen

Das Aufkommen dieser neuen linken Parteien und Bewegungen stellte für die SP, die während der Hochkonjunktur und im Kalten Krieg einen grossen Teil ihrer eigenständigen politischen Kultur und ihre Dynamik verloren hatte, eine Herausforderung dar. Viele Vertreter der traditionellen Linken hatten Mühe mit der Kritik am erreichten Wohlstand. Sie erachteten die neuen Ideen als gefährlich für die Partei und hielten an ihren Konzepten fest, die Verteilungsgerechtigkeit und soziale Sicherheit auf der Grundlage einer wachsenden Wirtschaft anstrebten. Andere hingegen sahen die linken Konkurrenzorganisationen ebenso wie die Jungen, die neu in die SP eintraten, als Chance zur Revitalisierung der flügelarm gewordenen Partei. Sie betrachteten die herkömmlichen Fortschrittsmodelle als «Option auf Selbstmord»³³ wie es Oskar Lafontaine ausdrückte. Peter Bichsel bezeichnete 1978 die Wachstumsgesellschaft als «Gesellschaft von potentiellen Selbstmördern».³⁴ Beeinflusst durch die neuen sozialen Bewegungen nahm die SP neue Ansichten und Forderungen auf: Debatten um Atomkraftwerke, ökologische Produktion oder Teilzeitarbeit wurden geführt.³⁵ Ein Beispiel, wie eine Forderung der neuen sozialen Bewegungen durch die SP aufgenommen wurde, ist der Widerstand gegen das AKW Kaiseraugst. Über wichtige SP-Politiker wie Parteipräsident Helmut Hubacher oder die Nationalräte Andreas Gerwig und Alexander Euler wurde der Widerstand gegen das geplante AKW und gegen einen weiteren Ausbau der Atomkraft zu einem SP-Anliegen, das auch im Parteiprogramm verankert wurde. In den 80er Jahren distanzierten sich nur noch sehr wenige gewerkschaftlich orientierte SP-Nationalräte durch Stimmenthaltung halbwegs von diesem Anliegen. Die Verbindung zwischen der SP und der Anti-Kaiseraugst-Bewegung hatte auch einen umgekehrten Effekt: «Führende Anti-Atom-Kämpfer ausserhalb der Parteien, wie etwa Peter Scholer, Präsident der GAK und Mitorganisator der «Menschenkette» anlässlich des Kaiseraugst-Besuchs der Nationalratskommission vom 4. Mai 1984, traten nach dieser engen Kooperation der SP bei.»³⁶ Mit der Zeit gingen auch SP-Politiker den umgekehrten Weg. Um langwierige Diskussionen innerhalb der Partei zu vermeiden, engagierten sie sich in aussenstehenden Gruppen, um ihre Anliegen zu verfolgen. Das hatte zudem den Vorteil, dass solchen Gruppen

³³ Lafontaine in: 100 Jahre SPS, 361.

³⁴ Bichsel in: 100 Jahre SPS, 362.

³⁵ Gül, 37.

³⁶ Engeler, 232.

ausserhalb der Parteien die Hände in der Wahl der politischen Mittel viel weniger gebunden waren.³⁷

Diese Entwicklung, die Abkehr vom «Wachstum um jeden Preis» und die Sensibilisierung in Umweltfragen, schlugen sich im neuen Parteiprogramm von 1982 nieder, welches «bedeutend «grüner» und nicht mehr so kapitalfreundlich war als das alte.»³⁸ Die von der neuen Linken aufgeworfenen Fragen blieben jedoch in der Partei lange umstritten.

Im Verlauf der 80er Jahre kamen grüne Parteien auf, die eine neue Konkurrenz für die SP darstellten. Sie boten mit ihrem radikalökologisch inspirierten Weltbild eine übersichtlichere Orientierung und eine klarere Ausrichtung an, als dies grösseren Parteien möglich war.³⁹ Vielfach gingen die Sitzgewinne der Grünen bei Wahlen auf Kosten der SP. Bei den Nationalratswahlen 1987 erlitten die Sozialdemokraten eine grosse Niederlage; ihr Stimmenanteil fiel unter 20%.⁴⁰ Vor dem Hintergrund des Erfolgs der Grünen begannen verschiedene SP-Kantonalparteien mit der neuen Partei Kontakte aufzubauen. Sie folgten damit der Ansicht von Rudolf Strahm, der in seinem Buch «Vom Wechseln der Räder am fahrenden Zug» aufzeigen wollte, «dass die Sozialdemokratie auch in Zukunft ihre Aufgabe und ihre Chance hat. Sie kann sie realisieren, wenn ihr eine Öffnung zu neuen Gruppen, zu den neuen Mittelschichten, gelingt und wenn sie eine moderne Mitgliederpartei zu schaffen vermag.»⁴¹ Ebenfalls wollte er mit seinem Buch, «der latenten programmatischen Identitätskrise und der opportunistischen Anpassung an die tagespolitische Schlagzeilen-Aktualität einen sozialdemokratischen Entwurf für eine moderne, soziale und ökologische Schweiz entgegensetzen.»⁴²

Auch wenn sich die SPS von dieser Schwächephase in den 90er Jahren wieder erholen und Wahlerfolge erzielen konnte, wurde dadurch die Auseinandersetzung innerhalb der Partei um den Fortschritt und ihr Verhältnis zur Zukunft keineswegs beendet. Der Konflikt zwischen materiellem Lebensstandard und einer immateriell verstandenen Lebensqualität bestand weiterhin. Während ein Teil der Partei einen Stillstand in der technischen Entwicklung forderte, setzte der andere auf die Chancen, die neue Technologien für den sanften Umgang mit der Natur und für humanere Arbeitsbedingungen brachten.⁴³

³⁷ Ebd., 236.

³⁸ Interview mit Herbert Schäfer, A67.

³⁹ Gül, 39.

⁴⁰ Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1999, 426.

⁴¹ Strahm, Vom Wechseln der Räder, 10.

⁴² Ebenda, 11.

⁴³ Gül, 39.

1.2 Die SP des Kantons Solothurn

1.2.1 Die SP des Kantons Solothurn in den 50er und 60er Jahren

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die SP des Kantons Solothurn (SPSO) erstmals zweitstärkste Partei bei den Kantonsratswahlen. Diese Position konnte sie bis 1969 halten. Durch diesen Erfolg beflügelt, startete sie 1952 einen Angriff auf die absolute Mehrheit der Freisinnigen im Regierungsrat.⁴⁴ Ihr Kandidat Werner Vogt wurde auch von den Katholisch-Konservativen unterstützt. Die rot-schwarze Allianz hatte Erfolg, die SP konnte zum ersten Mal zwei Regierungsräte stellen.

Als Regierungs- und Ständerat Gottfried Klaus 1956 das Präsidium der Kantonalpartei abgab, wurde Walter Kräuchi, der Redaktor von «Das Volk», zu seinem Nachfolger gewählt. Kräuchi war seit 1948 bei der Zeitung und blieb ihr bis zu seiner Pensionierung 1973 treu. Schon während seiner Präsidentialzeit traten erste Differenzen zwischen den Gewerkschaften und der Partei auf, so bei der 44-Stunden-Woche-Initiative des LdU. Die SPS hatte Stimmfreigabe beschlossen, der Gewerkschaftsbund war dagegen, die SPSO beschloss hingegen die Ja-Parole.⁴⁵ Kräuchi bemerkte als einer der Ersten, dass in den 60er Jahren eine gewisse Erstarrung in der Partei stattgefunden hatte und eine Erneuerung nötig war. Einen neuen Weg sollte der von ihm organisierte Diskussionsparteitag im Herbst 1966 weisen. Als Kritiker der SP-Politik hatte er den jungen Universitätsprofessor Urs Jäggi eingeladen. Jäggi warf der SP vor, sie würde nur noch eine halbherzig linke Politik verfolgen. Sie beteilige sich nicht an Anti-Vietnamkriegs-Demonstrationen und trage nichts zur Lösung des Dienstverweigerungsproblems bei. Sie tue sehr wenig, um mit den konservativen Vorurteilen vieler Arbeiter der politischen Gleichberechtigung der Frauen gegenüber aufzuräumen und verhalte sich intolerant gegenüber linken Kritikern in den eigenen Reihen. Die beiden Nationalräte Hermann Berger und Otto Stich sowie Regierungsrat Willi Ritschard, die die offizielle SP-Politik vertraten, zeigten sich von den Argumenten Jäggis wenig berührt. Sie bezogen klar Stellung gegen Dienstverweigerer und Anti-Vietnamkriegs-Demonstrationen. Ritschard meinte: «Da wir nicht die Mehrheit im Staat stellen, müssen wir uns mit einer Politik der kleinen Schritte begnügen. [...] Wer Opposition machen will, muss zuerst beweisen, dass er etwas Besseres bringt.»⁴⁶ Bei den Besuchern des Parteitags war allerdings mehr Verständnis für die

⁴⁴ Der Solothurner Regierungsrat setzte sich seit 1917 aus drei Freisinnigen, einem Katholisch-Konservativen und einem Sozialdemokraten zusammen.

⁴⁵ Lätt, 283.

⁴⁶ Ebd., 285.

Kritik von Jäggi vorhanden. Mehrere Votanten verlangten eine oppositionellere Haltung der SP. Eine derartig kontroverse Diskussion war etwas Neues für die SPSO. Lange Zeit war man der Ansicht, man müsse gegen aussen immer Geschlossenheit und Einigkeit demonstrieren, da man sonst der eigenen Position schade. Deshalb wurden häufig Kritiker innerhalb der Partei verketzert.⁴⁷

Einen nächsten Versuch, die parteiinterne Diskussion in Gang zu bringen, startete Kräuchi, indem er am Herbstparteitag 1968 Erwin Müller die Gelegenheit gab, «die Sozialdemokratie aus der Sicht eines Jugendlichen» zu schildern.⁴⁸ Dieses Referat erschien in mehreren Teilen auch im «Volk».⁴⁹

Konkrete Folgen hatten diese Reformbemühungen vorerst keine, bis Mitte der 70er Jahre bestimmten die gleichen Männer den Kurs der Partei, die schon in den 60er Jahren in wichtigen Positionen aktiv waren: Neben den oben erwähnten Ritschard und Stich insbesondere auch Ständerat Walter Weber, Nationalrat Edi Rothen, Fraktionspräsident Erwin Grob und der spätere Parteipräsident Gottfried Kaiser.

1.2.2 Der Wandel der Partei in den 70er und 80er Jahren

Anfangs der 70er Jahre traten vermehrt Junge in die Partei ein, welche durch die Ideen und Vorstellungen der 68er Bewegung beeinflusst oder dabei selber aktiv gewesen waren, wie Ernst Leuenberger, Peter Bichsel oder Jean Racine. Sie hatten auch kaum Berührungsängste gegenüber den neuen Parteien POCH und RML, die eine linke Oppositionspolitik betrieben. Die führenden Solothurner Sozialdemokraten waren allgemein antikommunistisch eingestellt und lehnten die Zusammenarbeit mit den neuen linken Parteien ab.⁵⁰ Eine Ausnahme bildete Ständerat Walter Weber, der als Derendinger Ammann dafür sorgte, dass auch POCH-Vertreter in zwei Kommissionen der Gemeinde Einsitz nehmen konnten.⁵¹

Die einsetzende Rezession erschwerte die Situation für die SPSO. Waren in den Jahren zuvor die bürgerlichen Parteien bereit, soziale Reformen und moderne pädagogische Projekte umzusetzen, vollzogen sie mit der Sparpolitik der Rezessionsjahre eine radikale Wende. So sahen sich reformfreudige Mittelschullehrer 1977 starkem

⁴⁷ Ebd., 286.

⁴⁸ Protokoll des Parteitags der SPSO, 1. November 1968.

⁴⁹ Das Volk, 4., 5. und 6. Dezember 1968.

⁵⁰ Ernst Leuenberger beschreibt vor allem Willi Ritschard als «glühenden Antikommunisten». Interview mit Ernst Leuenberger, A33.

⁵¹ Interview mit Walter Weber sen., A27.

Druck von Seiten des freisinnigen Erziehungsdirektors Alfred Wyser ausgesetzt.⁵²

Mit der Einführung des Frauenstimmrechts 1971 sah die Partei ein altes Anliegen endlich verwirklicht. Allerdings dauerte es bis 1977, bis die SPSO ihre erste Kantonsrätin stellen konnte, während bei CVP und FDP schon 1973 mehrere Frauen gewählt wurden. In der Stadt Olten wurden erst 1981 die ersten SP-Kandidatinnen in den Gemeinderat gewählt. Ernst Leuenberger sieht den Grund dafür sowohl bei den Männern als auch den Frauen: «Die Solothurner Partei war ja weitgehend eine Arbeiterpartei, und die Arbeiter haben das ihnen bekannte Rollenverhalten auf ihr Wahlverhalten übertragen. Und die Frauen haben ihre Rolle akzeptiert. Das war ja ein weiteres Drama in dieser Partei. Es gab ja recht starke Frauengruppen, ich erinnere mich an die toll durchorganisierte Frauengruppe Olten. Aber was haben die gemacht? Bei den Wahlen haben sie Couverts eingepackt, wenn ein Basar war, haben sie dafür gehäkelt und gestrickt. Sie haben sich absolut in ihre Rollen geschickt. Sie hatten keinen feministischen Ehrgeiz.»⁵³

Diese veränderten Rahmenbedingungen schlugen sich in schlechteren Wahlergebnissen nieder. Zu Beginn der 70er Jahre löste die CVP die SP auf kantonaler Ebene als zweitstärkste Partei ab. Ab 1973 war die POCH mit Eduard Hafner für acht Jahre im Kantonsrat vertreten. Er blieb allerdings der einzige Vertreter der neuen Linken, der den Sprung ins Kantonsparlament schaffte. Die POCH stellte also für die SP bei Wahlen weniger eine Gefahr dar. Zwar konnte die SP 1971 ihren Ständeratssitz und 1974 den zweiten Regierungsratssitz gegen die Kandidaturen der CVP verteidigen, die Wählerverluste setzten sich bei den folgenden Wahlen jedoch fort. Ende 70er und zu Beginn der 80er Jahre musste die Partei grössere Verluste hinnehmen. Von dieser Schwäche der Sozialdemokraten profitierte hauptsächlich die CVP, die sich klar als zweitstärkste Partei etablierte. Andererseits hatte das Auftreten der Grünen bei den Kantonsratswahlen ab 1985 keine negativen Konsequenzen für die SP, da diese die Talsohle bereits erreicht hatte, und die Sitzgewinne der Grünen gingen hauptsächlich zu Lasten der FDP.

⁵² Lätt, 302.

⁵³ Interview mit Ernst Leuenberger, A37.

1.2.3 Die Geschäftsleitung

Die Geschäftsleitung (GL) der SPSO setzte sich neben einem Präsidenten, zwei Vizepräsidenten und dem Sekretär aus verschiedenen Vertretern der einzelnen Bezirke, der Kantonsratsfraktion und einer Vertreterin der Frauengruppe zusammen. Dazu kamen von Amtes wegen die Vertreter der Partei in Regierungs-, National- und Ständerat. Diese gemischte Zusammensetzung aus vom Parteitag gewählten Mitgliedern und Vertretungen von Amtes wegen brachte es mit sich, dass die GL ein recht heterogenes Gremium war. Von 1968 bis 1985 wurde die Partei mit Otto Stich, Willi Ritschard, Walter Weber sen. und Gottfried Kaiser von Leuten präsiert, die alle zwischen 1917 und 1927 geboren worden waren.⁵⁴ Prägende Figur der Partei war Willi Ritschard. Er hatte sich zu seiner Zeit als Nationalrat (1955–1963) auch über die Partei hinaus eine grosse Popularität erworben, so dass er sich bei der Wahl in den Regierungsrat 1963 problemlos gegen den freisinnigen Gegenkandidaten durchsetzte – ein Umstand, der für den urfreisinnigen Kanton Solothurn bemerkenswert war.⁵⁵ Im Verlauf der 70er Jahre wurden immer mehr Junge in die GL gewählt, so Kurt Troxler, Walter Steinmann, Walter Weber jun. oder Rolf Ritschard. 1978 wurde mit Hanspeter Mathys ein Sekretär gewählt, der sich für eine dezidiertere linke Politik verbunden mit ökologischen Anliegen einsetzte. Er versuchte die Gründe für die Rückschläge der Partei zu identifizieren und sah sie vor allem in einem unbefriedigenden Erscheinungsbild und Auftreten der Partei, durch das sie «unentschlossen, uneinheitlich, profillos und lau» wirkte, und darin, dass das Ausbleiben von Flügelkämpfen auch das Fehlen von neuen Ideen und Impulsen mit sich brachte.⁵⁶ Seine Bemühungen, die Partei neu auszurichten, blieben vorerst ohne Erfolg.

Obwohl Willi Ritschard mit seiner Wahl zum Bundesrat 1974 aus der GL ausschied, blieb er bis zu seinem Tod 1983 die starke Figur, eine Art Übervater der Solothurner Sozialdemokratie, wie die von mir befragten Personen bestätigen. Auch als Bundesrat hatte er noch viel Einfluss auf die Vorkommnisse in der Partei. Ernst Leuenberger meint dazu: «Die Kantonalpartei machte doch nichts, ohne ihn zu fragen.»⁵⁷

So haben in der Partei, die bis in die 60er Jahre hinein sehr stark durch die Sektion Olten geprägt gewesen war, in den 70er und 80er Jahren Personen aus dem oberen Kantonsteil, vor allem aus dem Bezirk Wasseramt und der Stadt Solothurn, das Ruder übernommen.

⁵⁴ Lätt, 319-322.

⁵⁵ Lätt, 296.

⁵⁶ Lätt, 307.

⁵⁷ Interview mit Ernst Leuenberger, A33.

1.2.4 Die Regierungsräte und die eidgenössischen Vertretungen

Nachdem 1974 Gottfried Wyss als Nachfolger von Willi Ritschard zum Regierungsrat gewählt worden war, blieben die SP-Vertretungen in Regierungs-, National- und Ständerat bis 1983 ohne Veränderung. Der Grenchner Ammann Edi Rothen war 1971, Otto Stich bereits 1963 in den Nationalrat gewählt worden. 1969 hatte Rudolf Bachmann im Regierungsrat Einsitz genommen, und Walter Weber sen. war seit 1971 Ständerat. Durch das Fehlen einer Vakanz wurde einerseits die parteiinterne Mobilisierung bei den Wahlen erschwert, andererseits wurde es schwierig, für die Nationalratsliste genügend Kandidaturen zu finden, da sich die neu Antretenden neben zwei Bisherigen kaum Chancen ausrechnen konnten. Auch war ein Altersproblem festzustellen, waren doch die Mandatsträger 1983 alle zwischen 56 und 66 Jahre alt. In der GL wurde dieses Problem ab 1982 intensiv diskutiert. Sie sprach sich zwar gegen eine Amtszeitbeschränkung aus, war aber der Meinung, dass Otto Stich für die Wahlen von 1983 nicht mehr antreten sollte, um eine Vakanz zu schaffen.⁵⁸ In der Folge verzichteten beide Nationalräte auf eine Wiederkandidatur. Beim Ständerat beschloss die GL hingegen, wieder mit Walter Weber sen. anzutreten, da sich keine andere Kandidatur aufdrängte und man befürchtete, den Sitz an die CVP zu verlieren. Neu in den Nationalrat gewählt wurden der kantonale Arbeitersekretär Ernst Leuenberger, der schon 1975 und 1979 erfolglos kandidiert hatte, und der Ammann von Zuchwil, Rudolf Ruch. Mit Leuenberger hatte zum ersten Mal ein Vertreter der 68er Bewegung ein höheres Amt in der SPSO inne.

Um im Regierungsrat die beiden Sitze verteidigen zu können, plante die GL einen gestaffelten Rücktritt der beiden Regierungsräte, die kurz vor der Pensionierung standen. Vorgesehen war ein Rücktritt 1984 und der andere 1985 oder 1986. Dabei wurde offengelassen, wer von den beiden zuerst zurücktreten sollte.⁵⁹ Dieses Vorgehen wurde allgemein akzeptiert und auch von Rudolf Bachmann und Gottfried Wyss getragen. Jedoch sorgten die Ereignisse auf nationaler Ebene dafür, dass dieser Plan aufgegeben werden musste. In der Bundesratswahl im Dezember 1983 erreichte die bürgerliche Mehrheit, dass nicht die von der SPS vorgeschlagene Lilian Uchtenhagen, sondern Otto Stich, der eben erst als Nationalrat zurückgetreten war, zum Nachfolger von Willi Ritschard gewählt wurde. Diese bürgerliche Machtdemonstration führte innerhalb der SPS zu einer intensiven Diskussion um ihre Regierungsbeteiligung. Für die SPSO brisant war, dass die GL, wenn auch nur mit einer knappen Mehrheit, Otto Stich

⁵⁸ Protokoll der GL der SPSO, 29. April 1982.

⁵⁹ Protokoll der GL der SPSO, 19. Dezember 1983.

der SPS als Bundesratskandidat vorgeschlagen hatte.⁶⁰ Hanspeter Mathys äusserte zu dieser Entscheidung schon vor der Wahl Bedenken: «Mir will noch heute nicht in den Kopf, dass eine Mehrheit an der letzten Sitzung Stich nominiert hat, obschon sie eigentlich, wie ich aufgrund verschiedener Äusserungen annehmen muss, gar nicht für ihn ist.»⁶¹ In der Frage zur Bundesratsbeteiligung sprach sich die GL klar für einen Verbleib aus. Da die Diskussion um die Regierungsbeteiligung auch auf die kantonalen Wahlen hätte Einfluss haben können, verzichtete die GL einstimmig, schon 1984 eine Vakanz im Regierungsrat zu schaffen. Das weitere Vorgehen blieb damit offen.⁶²

Nachdem die SPS sich für den Verbleib im Bundesrat entschlossen hatte, nahm die SPSO die Diskussion über die Regierungsratswahlen wieder auf. Die GL teilte den beiden Regierungsräten mit, dass sie bis Ende August 1984 der GL mitteilen sollten, ob sie nochmals kandidieren würden oder nicht. Rudolf Bachmann gab daraufhin am Parteitag vom 29. Juni bekannt, dass er 1985 nicht mehr antreten werde.⁶³ Auch Gottfried Wyss gab seine Entscheidung nicht zuerst der GL bekannt, sondern informierte am 1. August via Presse über seine erneute Kandidatur.⁶⁴ Als Begründung führte Wyss an, die Chancen seien mit seiner Kandidatur höher, die beiden Sitze zu verteidigen. An der GL-Sitzung vom 13. August stellte Ernst Leuenberger den Antrag, Wyss nicht mehr zu nominieren und zwei neue Kandidaten aufzustellen. Er erwartete durch eine Zweiervakanz eine bessere Mobilisierung für die Kantonsratswahlen. Nach einer ausführlichen Diskussion beschloss die GL mit 9 zu 7 Stimmen, Gottfried Wyss nicht mehr als Kandidaten aufzustellen. Der Parteitag vom 21. September bestätigte den Entscheid mit 144 zu 110 Stimmen.⁶⁵ Wyss akzeptierte diesen Entscheid nicht. Er kandidierte wild, nachdem er von vielen Genossen Briefe erhalten hatte, die ihn zum Weitermachen ermunterten. Unter der Leitung von Ernst Jordi wurde ein «Aktionskomitee für die Wiederwahl Gottfried Wyss» gegründet. Die SP selber nominierte mit Rolf Ritschard und Jörg Annaheim zwei eigene Kandidaten. Die Regierungsratswahlen 1985 wurden zu einer Niederlage für die SP, im ersten Wahlgang wurde Wyss zusammen mit den drei bisherigen bürgerlichen Kandidaten gewählt. Im zweiten Wahlgang unterlag Annaheim dem CVP-Kandidaten Max Egger. Als Folge dieser Aus-

⁶⁰ Der Entscheid erfolgte mit 7 zu 6 Stimmen. Protokoll der GL der SPSO, 10. Oktober 1983.

⁶¹ Protokoll der GL der SPSO, 7. November 1983.

⁶² Protokoll der GL der SPSO, 9. Januar 1984.

⁶³ Protokoll des Parteitags der SPSO, 29. Juni 1984.

⁶⁴ Solothurner AZ, 1. August 1984.

⁶⁵ Lätt, 308.

einandersetzung wurde Wyss aus der GL und der Fraktion ausgeschlossen. Auf einen Parteiausschluss wurde verzichtet, da man keine Parteispaltung riskieren wollte. Wyss selber sah sich weiterhin als SP-Vertreter im Regierungsrat. Nach seiner Demission 1988 wurde Rolf Ritschard zu seinem Nachfolger gewählt.⁶⁶

1.2.5 Die Kantonsratsfraktion

Bis 1973 gab es in politischen Fragen kaum Differenzen innerhalb der Fraktion.⁶⁷ Ab diesem Zeitpunkt kamen immer mehr Jüngere in die Fraktion, die eine neue Art zu Politisieren forderten, was natürlich zu Spannungen führte. Der Oltner Erwin Grob, der die Fraktion von 1969 bis zu seinem Tod 1976 präsierte, vermochte jedoch in den meisten Fällen ausgleichend zu wirken.⁶⁸ Walter Weber jun. schildert seine Zeit als Fraktionspräsident als schwierig. Eine Hauptaufgabe sei gewesen, die Fraktion zusammenzuhalten.⁶⁹ Hans Roth bezeichnet den Handelslehrer Ernst Jordi, der 1980 zum Rektor des Lehrerseminars gewählt wurde,⁷⁰ als «ein Sprachrohr der <Alten Garde>». ⁷¹ Jordi konnte bei strittigen Fragen oft den unentschlossenen Teil der Fraktion von seiner Meinung überzeugen. Erst ab 1985, nachdem ein grosser Wechsel in der Zusammensetzung der Fraktion stattgefunden hatte, wurde die Führung der Fraktion wieder einfacher, wie der damalige Fraktionspräsident Hans Roth bemerkte: «Ich fand, dass alle immer lammfromm waren und um jeden Preis einen neuen Krach vermeiden wollten.»⁷² Die Auseinandersetzung um die Zweiervakanz wirkte also auch in der Fraktion nach.

Jean-Maurice Lätt bezeichnet die Kantonalratsfraktion zwischen 1973 und 1985 als ganz auf Konsens ausgerichtet. Ab 1985 habe sie «eine viel zielstrebigere und konsequentere sozialdemokratische Politik» verfolgt.⁷⁴

⁶⁶ Lätt, 308 und 325.

⁶⁷ Interview mit Gottfried Wyss, A2.

⁶⁸ Interview mit Kurt Troxler, A42.

⁶⁹ Interview mit Walter Weber jun. A16.

⁷⁰ Diese Wahl Jordis löste bei den SP-Lehrern am Lehrerseminar Proteste aus, da sie ihm die notwendigen Reformen im Bildungswesen nicht zutrauten. Protokoll der Fraktionssitzung, 20. Januar 1981.

⁷¹ Interview mit Hans Roth, A54.

⁷² Interview mit Hans Roth, A57.

⁷³ Lätt, 306.

⁷⁴ Ebd., 310.

Eine Zusammenstellung der bei den Kantonsratswahlen gewählten und nichtgewählten Kandidaten unter Berücksichtigung von deren Alter und den Beruf kann die Veränderungen in der Fraktion aufzeigen.

1969 dominierte noch klar die Altersgruppe der 41- bis 50-Jährigen, 1973 war die Anzahl der 31- bis 40-Jährigen fast gleich hoch wie derjenige der 41- bis 50-Jährigen. Ab 1977 war die Alterskategorie 31- bis 40-Jahre klar die grösste, erst 1989 war die Kategorie 41- bis 50-Jahre wieder fast gleich gross. Der Anteil der 51- bis 60-Jährigen nahm über die Zeit ab und stagnierte in den 80er Jahren bei etwa zehn Kandidierenden pro Wahl. Der Anteil der 30-Jährigen und Jüngeren stieg während den 70er Jahren an, nahm dann aber in den 80er Jahren ab und stagnierte ebenfalls auf bescheidenem Niveau. Die über 60-Jährigen spielten im betrachteten Zeitraum kaum eine Rolle, es kandidierten jeweils nur vereinzelt Vertreter dieser Alterskategorie.

Gesamthaft lässt sich ein deutlicher Wechsel in der Altersstruktur der Kandidierenden im Jahr 1977 feststellen. Die Kategorie der 31- bis 40-Jährigen löste diejenige der 41- bis 50-Jährigen als die grösste ab. Zudem stellten die 20- bis 30-Jährigen so viele Kandidierende wie nie zuvor oder danach.

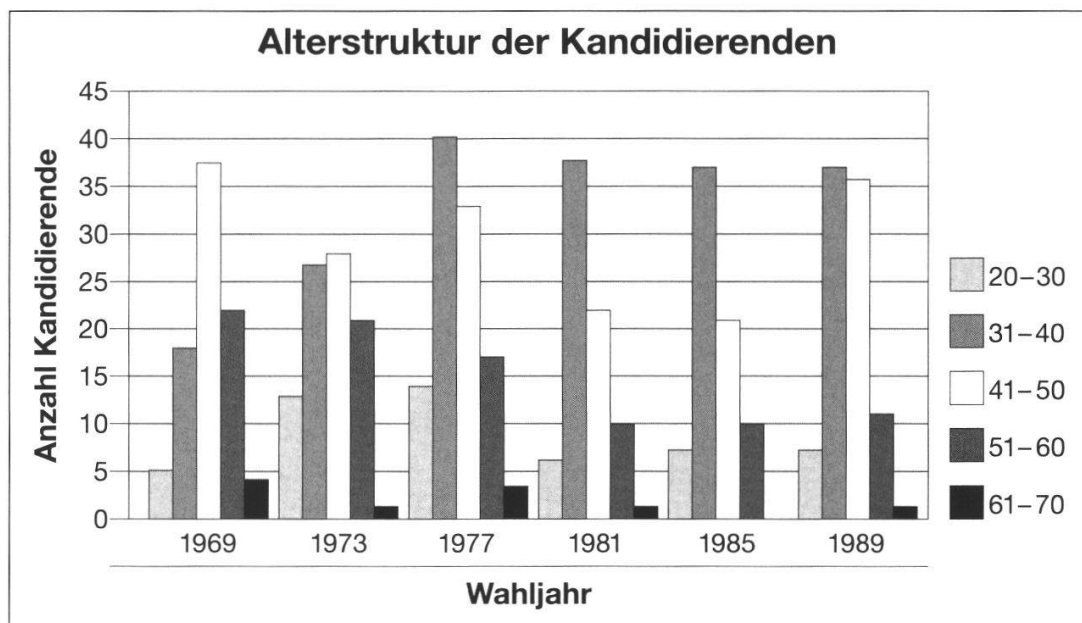


Abbildung 1: Die Alterstruktur der Kandidierenden für den Kantonsrat.
Daten: Amtsblatt des Kantons Solothurn.

Betrachtet man nur die gewählten Kantonsräte, sah das Bild ein wenig anders aus. Hier war die grösste Kategorie bis 1977 diejenige der 41- bis 50-Jährigen, gefolgt von der Kategorie der 51- bis 60-Jährigen. Erst 1981 stellten die 31- bis 40-Jährigen den grössten Anteil, dafür akzentuierte sich dieser Wechsel 1985 sehr deutlich: Über die Hälfte der gewählten Kantonsräte war zwischen 31 und 40 Jahre alt. 1989 präsentierte sich die Altersverteilung wieder ausgeglichener, die Struktur entspricht fast genau derjenigen von 1981. Über 60-Jährige wurden nur vereinzelt in den Kantonsrat gewählt. Die 20- bis 30-Jährigen stellten 1977 vier Kantonsräte, nachdem es 1969 zwei und 1973 drei waren. In den 80er Jahren waren sie jedoch nur noch 1981 und 1989 mit einem Kantonsrat vertreten. In der Kantonsratsfraktion fand erst 1985 ein deutlicher Wechsel in der Alterstruktur statt, indem die 31- bis 40-Jährigen über die Hälfte der Kantonsräte stellten. Verglichen mit den Kandidierenden fand der Wechsel von den 41- bis 50-Jährigen zu den 31- bis 40-Jährigen als grösste Gruppe der Fraktion später, aber dafür auch einiges ausgeprägter statt.

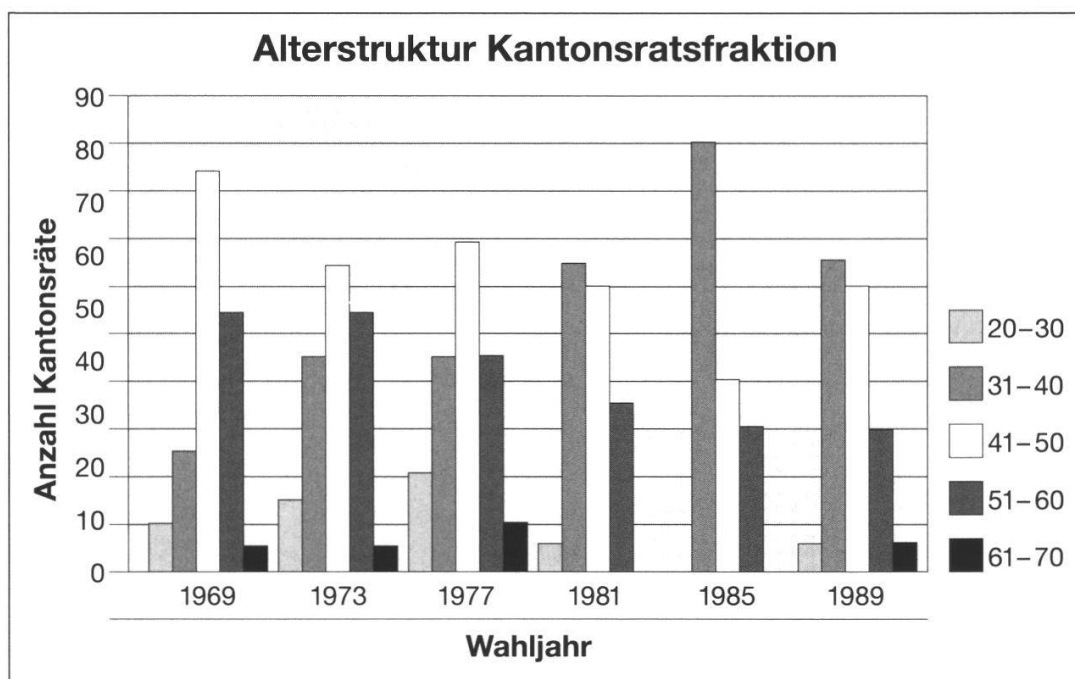


Abbildung 2: Die Altersstruktur der Kantonalratsfraktion.
 Daten: Amtsblatt des Kantons Solothurn.

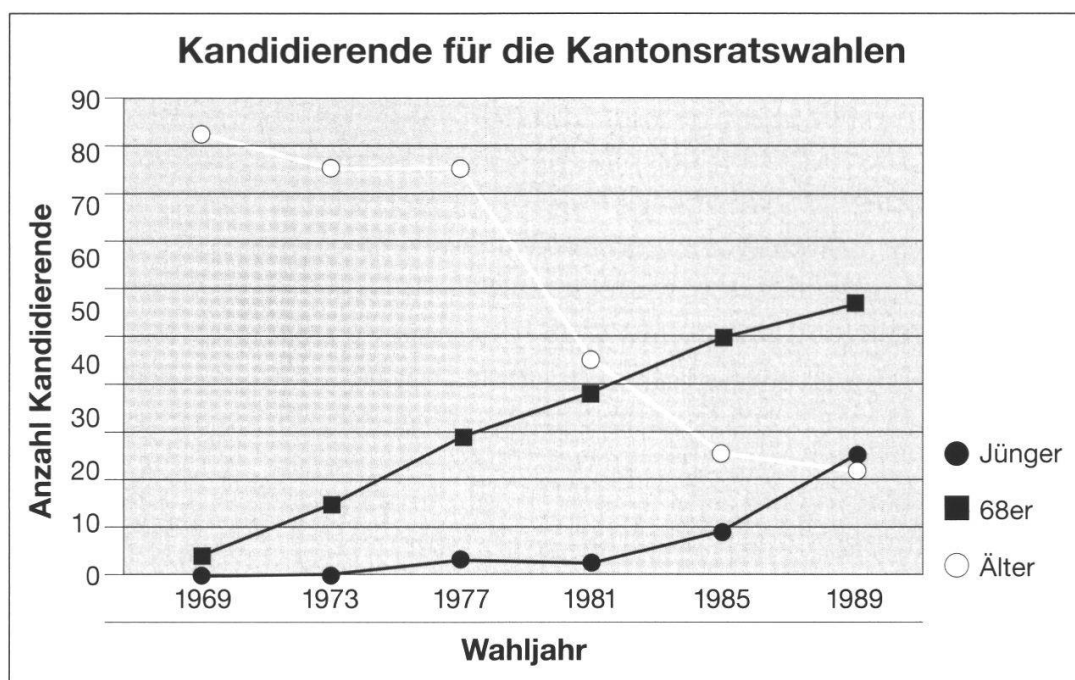


Abbildung 3: Die Anzahl der «68er» unter den Kantonsratskandidaten.
 Daten: Amtsblatt des Kantons Solothurn.

Bis 1977 dominierten die Leute, die älter als die «68er» waren, bei den Kandidierenden deutlich. Jedoch brach 1981 die Zahl dieser Kandidierenden stark ein und war nur noch geringfügig grösser als diejenige der «68er». Die Zahl der kandidierenden «68er» stieg über die Zeit konstant an und machte ab 1981 jeweils die Hälfte aller Kandidaturen aus. Leute, die jünger waren als die «68er», spielten erst ab 1985 eine Rolle als Kandidierende. Bis 1973 konnten sie nicht kandidieren, da sie zu jung waren, und 1977 und 1981 kandidierten nur vereinzelt dieser Kategorie. Erst 1989 lösten sie die Gruppe der Älteren als zweitgrösste ab.

Auch bei den Kantonsräten lässt sich eine Abnahme bei denjenigen feststellen, die älter als die «68er» waren, allerdings verlief die Entwicklung eher stetig und weist keinen markanten Sprung wie bei den Kandidierenden zwischen 1977 und 1981 auf. Die «68er» nahmen kontinuierlich zu, besonders stark im Jahr 1985. In den Jahren 1985 und 1989 besetzten die «68er» gut zwei Drittel der Sitze der Fraktion. Die jüngere Generation war erst ab 1989 in der Fraktion vertreten. Bei den Kandidaten dominierte bis 1977 die ältere Generation klar, 1981 lag sie mit den «68ern» fast gleichauf. Ab 1985 waren die «68er» die klar grösste Gruppe. Bezogen auf die Kantonsratsfraktion war die ältere Generation bis 1981 am stärksten vertreten und wurde 1985 von den «68ern» abgelöst.

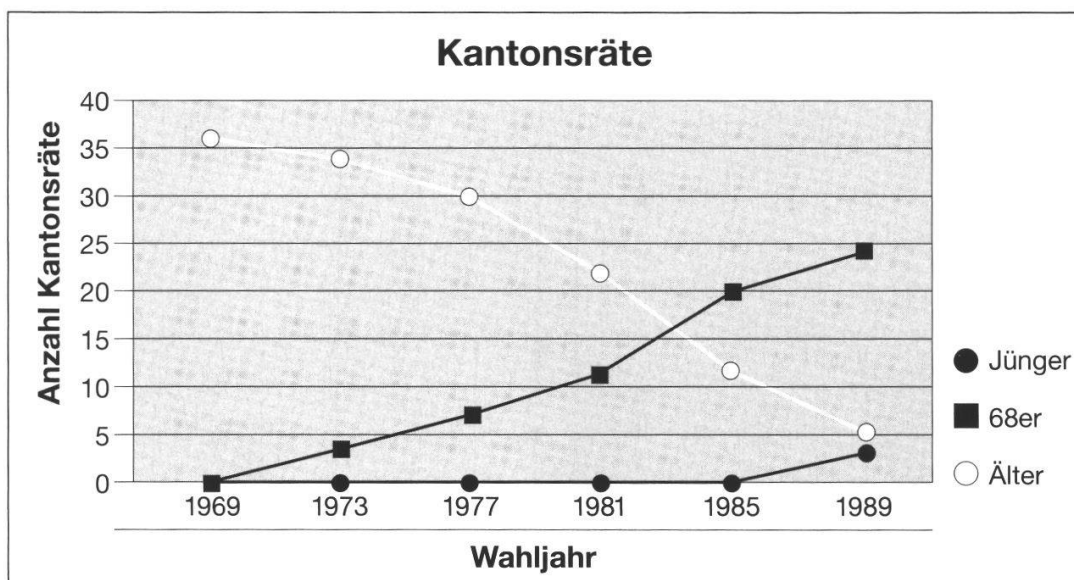


Abbildung 4: Die Anzahl der «68er» in der Kantonsratsfraktion.
 Daten: Amtsblatt des Kantons Solothurn.

Vergleicht man die verschiedenen Berufsgruppen, stellt man fest, dass die Kategorie Handwerker und Ungelernte 1969 deutlich die meisten Kandidaten für den Kantonsrat stellte. Bis 1985 nahm ihr Anteil sehr stark ab, die Handwerker stellten nur noch drei Kandidaten, von denen keiner gewählt wurde. Ebenfalls eine starke Abnahme lässt sich bei den technischen Berufen feststellen, welche 1969 die zweitgrösste Anzahl an Kandidaten stellten. 1977 wurde kein einziger Kandidat dieser Kategorie gewählt, jedoch änderte sich dies 1985 wieder. Auch die Anzahl der Kandidierenden, die bei den SBB beschäftigt waren, nahm im betrachteten Zeitraum ab, allerdings sank die Zahl der Kantonsräte lediglich von vier in den Jahren 1969 und 1977 auf drei im Jahr 1985. Die Kategorie der PTT-Angestellten stellte 1969 und 1977 sieben Kandidaten, von denen jeweils vier gewählt wurden, 1985 waren es nur noch drei Kandidaten, von denen zwei gewählt wurden. Eine gegenteilige Entwicklung ist bei den Lehrern festzustellen. 1969 stellten sie mit sechs Kantonsräten die grösste Gruppe innerhalb der Fraktion, allerdings hatten insgesamt nur sieben Lehrer kandidiert. 1985 stellten die Lehrer 16 Kandidaten, von denen sieben gewählt wurden. Eine ähnliche Entwicklung fand auch bei den Akademikern statt. Während diese Kategorie 1969 gerade mal zwei Kandidaten stellte, die allerdings beide gewählt wurden, waren es 1985 16 Kandidaten, von denen sechs gewählt wurden.

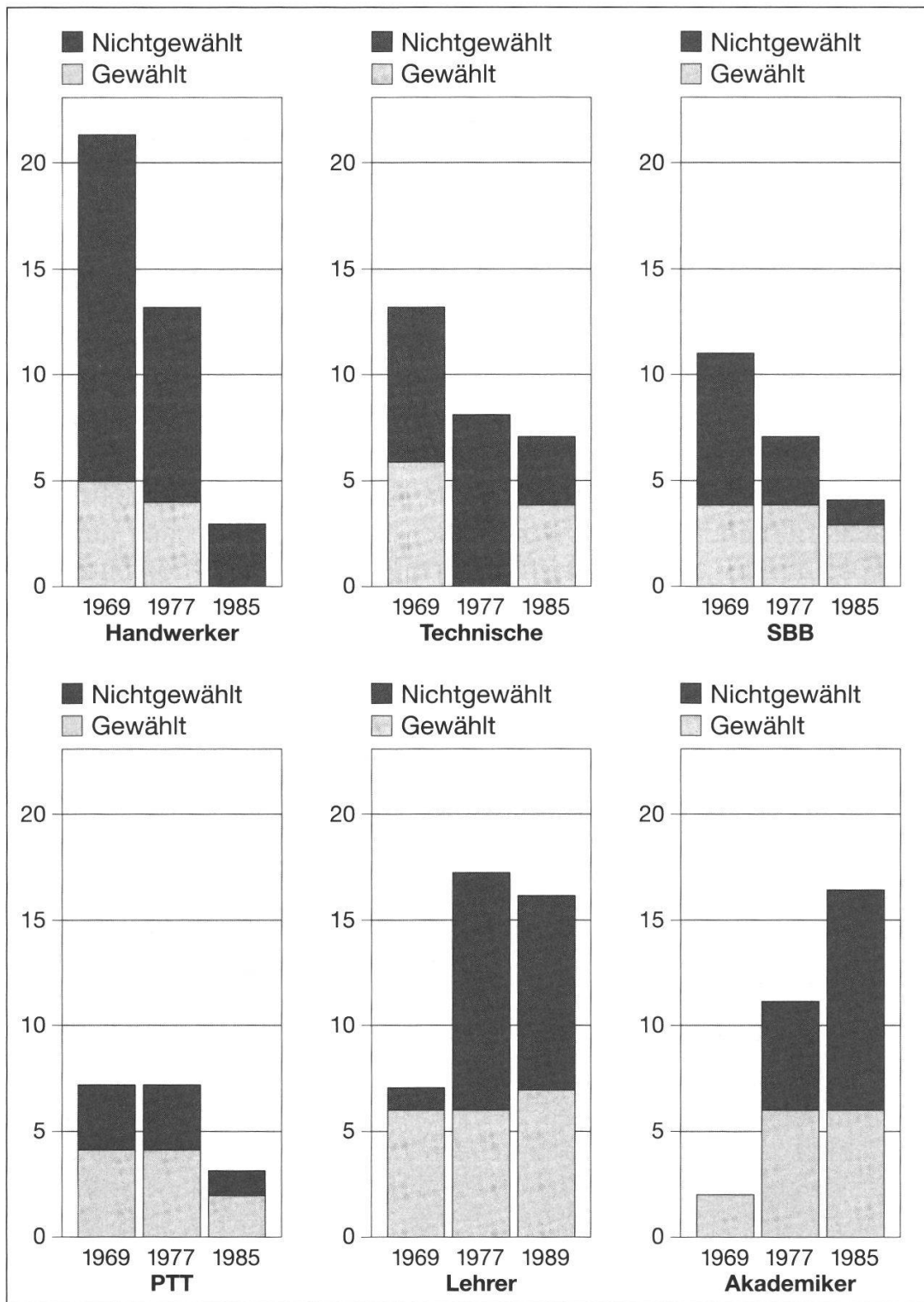


Abbildung 5: Die Berufsstruktur der Kantonsratskandidaten und der Kantonsratsfraktion. Daten: Amtsblatt des Kantons Solothurn.

Da die Frauen 1969 das Stimm- und Wahlrecht noch nicht besaßen, gab es in diesem Jahr auch keine Kandidaturen in der Kategorie Hausfrauen. 1977 kandidierten sieben Hausfrauen, von denen eine gewählt wurde. Im Jahr 1985 war diese Kategorie nach Anzahl Kandidaturen bereits die drittgrösste. Weniger eindeutig war die Entwicklung bei den übrigen Kategorien. Die Angestellten von Kanton und Gemeinden stellten 1977 mehr Kandidaturen als 1969 und waren mit sechs Kantonsräten zusammen mit den Lehrern und den Akademikern die grösste Gruppe der Fraktion. 1985 nahm die Anzahl der Kandidaturen ab, und es wurde nur noch ein Vertreter dieser Kategorie gewählt. Bezüglich der Anzahl Kandidaturen verhält sich die Kategorie der kaufmännischen Berufen ähnlich, jedoch blieb ihre Zahl der Kantonsräte mit vier über die Jahre konstant. Auch bei der Kategorie Sonstige lässt sich eine Zunahme der Kandidaturen im Jahr 1977 und eine Abnahme 1985 feststellen. Allerdings wurde 1985 keiner ihrer Vertreter mehr gewählt. Bei den beiden Kategorien Presse/Druck und Gewerkschaften, die mit der SP in einer speziellen Beziehung standen, entwickelte sich bei der Kategorie Presse/Druck die Anzahl der Kandidierenden ähnlich wie bei den Sonstigen beschrieben. Allerdings wurde nur 1969 einer ihrer Vertreter in den Kantonsrat gewählt. Umgekehrt verlief es bei den Gewerkschaftern; es kandidierten zwar immer weniger für den Kantonsrat, aber 1985 wurden zwei Gewerkschafter gewählt, nachdem zuvor die Kandidierenden dieser Kategorie erfolglos geblieben waren.

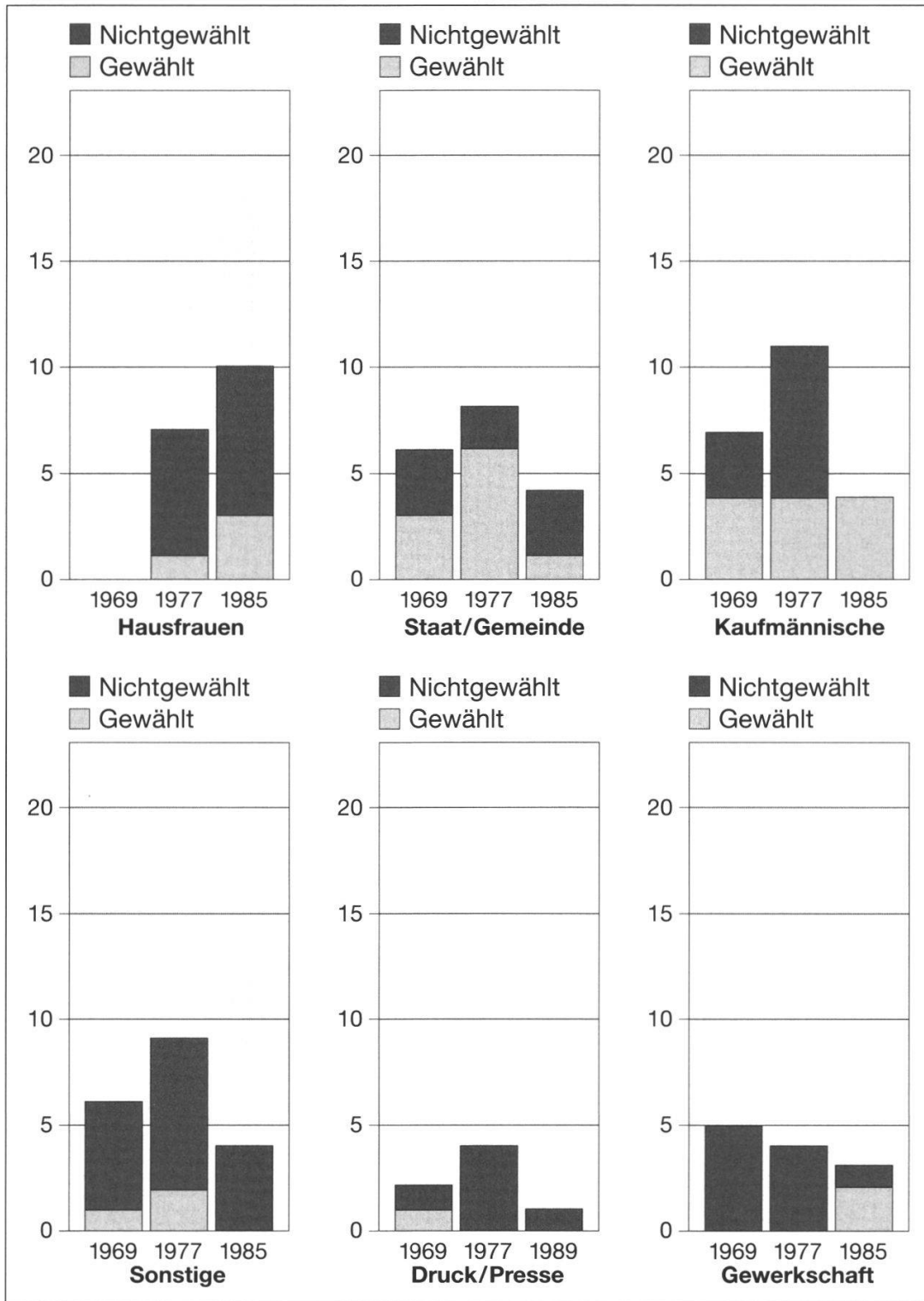


Abbildung 6: Die Berufsstruktur der Kantonsratskandidaten und der Kantonsratsfraktion.
 Daten: Amtsblatt des Kantons Solothurn.

1.2.6 Die AZ-Redaktion

Die Tageszeitung «Das Volk» wurde 1970 in «Solothurner AZ» («AZ») umbenannt. 1973 verliess Walter Kräuchi nach 25 Jahren Tätigkeit die Zeitung. Neuer Chefredaktor wurde Kurt Troxler, der damals 25 Jahre alt war und schon seit 1970 für die AZ arbeitete. Er wurde im gleichen Jahr auch in den Kantonsrat gewählt. Nach diesem Wechsel arbeiteten nur noch Redaktoren bei der AZ, die jünger als 35 Jahre, meistens sogar jünger als 30 Jahre, waren. Während den 70er Jahren waren das vor allem Kurt Troxler, Bruno Schäfer und Fritz H. Dinkelmann. Während es früher selbstverständlich war, dass die Redaktoren der Zeitung auch Mitglied der SP waren, arbeiteten nach 1970 auch immer wieder Leute für die «AZ», die sich links positionierten, aber nicht Parteimitglieder waren. Die «AZ» verstand sich immer mehr als ein Forum für alle links-grünen Anliegen und nicht mehr nur als Parteiorgan, obwohl die SP immer noch ihren festen Platz im Blatt hatte. Nachdem Kurt Troxler die Redaktion 1982 verlassen hatte, wechselten die verschiedenen Redaktoren immer schneller. Der Ton der Zeitung wurde auch den SP-Politikern gegenüber schärfer. So wurde der neugewählte Bundesrat Otto Stich stark kritisiert.⁷⁵ Trotz dieser Wandlung bezeichnen die von mir befragten damals aktiven Politiker die Beziehung zwischen der Zeitung und der Partei meist als positiv. Anders sehen es die Personen, die bei der AZ arbeiteten oder mit ihr verbunden waren. Sie beschreiben das Verhältnis zur SP als «wechselhaft»⁷⁶ und «spannungsgeladen».⁷⁷ 1983 sorgte ein kritischer Kommentar von Peter Moor zur gemeinsamen Ständeratsliste mit der FdP für Unmut in der GL, worauf eine gemeinsame Aussprache stattfand. Moor meint dazu: «Wir haben uns klar auf den Standpunkt gestellt, dass wir uns gesamthaft gesehen auf der Parteilinie befanden. Wenn man das breite Spektrum der Meinungen in der Partei damals anschaut, dann wick das, was wir in aller Regel schrieben, nicht von der Parteimeinung ab. Ausser in speziellen Fällen. Wir haben z. B. nicht für den Austritt der SP aus dem Bundesrat geschrieben, sondern gegen Otto Stich, weil wir Lilian Uchtenhagen wollten. Ich glaube, dass der wirtschaftliche Druck grösser war, als der politische. Jeder Abonnement, der aus einem solchen Grund gekündigt hat, wurde uns vorgeworfen, aber nicht aus politischen Gründen, sondern aus wirtschaftlichen.»⁷⁸ Auf die wirtschaftlichen Probleme, die der Kurs der «AZ» zur Folge hatte, weist auch Ernst Leuenberger als damaliger Präsident der Genossenschaftsdruckerei

⁷⁵ Solothurner AZ, 8. Dezember 1983 und 2. Juli 1984.

⁷⁶ Interview mit Kurt Troxler, A45.

⁷⁷ Interview mit Peter Moor, A50.

⁷⁸ Interview mit Peter Moor, A50.

Olten (GDO), der Herausgeberin der «AZ», hin: «Die «AZ» hat sich ja damit hervorgetan, dass die Redaktion immer einen strammen Anti-Atomkraft-Kurs gesteuert hat. Das hatte für mich als Präsident der Genossenschaftsdruckerei Olten (GDO) die Auswirkung, dass praktisch alljährlich von der Atel und der KKG ein Inseratenboykott ausgesprochen wurde. Das Beste war ja, dass in der Druckerei die Atel und die KKG die grössten Kunden waren.»⁷⁹ Er habe sich dann jeweils bei Alfred Trümpy, dem Direktionspräsidenten der Atel, einsetzen müssen, damit der Boykott aufgehoben wurde.

Ernst Leuenberger meinte, als wieder einmal Kritik in der GL an der «AZ» laut wurde: «Es wird langsam Mode, für alle Missetaten die «AZ» zu beschuldigen. All jene, die nicht müde werden, die «AZ» zu attackieren, sind eingeladen, für Fr. 2500.– bei der «AZ» als Redaktor zu arbeiten.»⁸⁰ Der niedrige Lohn und die langen und unregelmässigen Arbeitszeiten waren sicher ein Grund dafür, dass sich nur noch Junge mit einer sehr linken und grünen Einstellung für eine Redaktorenstelle bei der «AZ» interessierten. Peter Moor weist jedoch noch auf einen andern Aspekt hin: «Es war aber auch eine Frage der allgemeinen Medienlandschaft. Zu dieser Zeit gab es an vielen Orten kritische Journalisten. Der «Tagesanzeiger» stand damals sicher sehr viel weiter links als heute, und das Radio war fest in SP-Hand. Daher hatten Journalisten, die Mitte-Links standen, verschiedene Betätigungsfelder zur Verfügung. Diejenigen, die ganz links standen, gingen zur «AZ».»⁸¹

1.3 Die SP der Stadt Olten

1.3.1 Die grösste Sektion des Kantons

Die Sektion Olten der SP wurde 1902 gegründet, nachdem Vorgängerorganisationen seit ca. 50 Jahren in der Stadt aktiv gewesen waren. Die SP wurde hinter den Freisinnigen schnell zur zweitstärksten Kraft im Gemeinderat und bald auch zur grössten Sektion im Kanton Solothurn, wo sie ca. 10% der Mitglieder der Kantonalpartei stellte. In der Folge wurden viele SP-Vertreter im Regierungsrat und dem eidgenössischen Parlament von den Oltnern gestellt: Jacques Schmid (Nationalrat 1917–1955, Regierungsrat 1931–1949), Gottfried Klaus (Ständerat 1944–1963, Regierungsrat 1949–1963), Rudolf Bachmann (Regierungsrat 1969–1985). Auch stellten die Oltner von 1912–1968 mit Jacques Schmid, Gottfried Klaus und

⁷⁹ Interview mit Ernst Leuenberger, A38.

⁸⁰ Protokoll der GL der SPSO, 19. Dezember 1983.

⁸¹ Interview mit Peter Moor, A50.

Walter Kräuchi ununterbrochen den Präsidenten der Kantonalpartei, wodurch die Sektion Olten die sozialdemokratische Politik im ganzen Kanton stark beeinflusste.⁸²

Wie im Kanton sah sich die SP auch in der Stadt Olten einem starken und zeitweise mit absoluter Mehrheit regierenden Freisinn gegenüber. Dies führte dazu, dass sie häufig die Zusammenarbeit mit der konservativen Volkspartei⁸³ suchte. Nachdem die absolute Mehrheit der FdP gebrochen war, schlossen sich die drei Parteien je nach Situation in unterschiedlichen Bündnissen zusammen. Eine Annäherung der weltanschaulichen Positionen fand indessen nicht statt. Erst das starke wirtschaftliche Wachstum der 50er Jahre und die damit verbundenen neuen Aufgaben und Herausforderungen für die Stadt führten zu einer Versachlichung der Politik. Die Parteien versuchten öfter gemeinsam Lösungen zu finden. Die wachsende Angleichung der Lebensweise der verschiedenen Bevölkerungsschichten und die Machtverteilung in den städtischen Behörden verlangten von allen drei Parteien eine Orientierung hin zur Mitte. Unabhängig der Ideologie wurde von jeder Partei Fortschritt und das damit verbundene Wachstum mit Wohlfahrt gleichgesetzt.

Mitte der 70er Jahre kam die SP durch das Entstehen der Parteien der Neuen Linken in die Situation, dass sie sich nun sowohl gegen rechts wie auch gegen links abgrenzen musste. Die jüngere Generation in der SP wollte diese neuen Parteien nicht ausgrenzen. So entstanden je nach Sachfrage wieder unterschiedliche Koalitionen. Gerade in Fragen der Tarifpolitik für Gas, Wasser und Strom, der Jugendpolitik oder der Verkehrspolitik brachen Gräben zwischen den bürgerlichen Parteien und der SP auf. Andererseits bestanden nach wie vor Gemeinsamkeiten über Infrastrukturprojekte wie den Bau der Mehrzweckhalle oder eines Alters- und Pflegeheims. Auch blieb vorderhand der freiwillige Proporz zwischen FdP, CVP und SP bei der Verteilung von Ämtern bestehen.⁸⁴

1.3.2 Eine neue Generation prägt die SP

Die SP Olten war von Beginn weg sehr stark durch die Eisenbahn geprägt. Viele SP-Mitglieder arbeiteten bei der Bahn oder in den Werkstätten der SBB. Die zweite einflussreiche, wenn auch zahlenmässig viel kleinere, Gruppe waren die Lehrer. Ebenfalls von Bedeutung waren die Metallarbeiter. Durch die Eisenbahner und Metallarbeiter wurde die Politik der Partei traditionell stark gewerkschaftlich

⁸² Lätt, 233.

⁸³ Die heutige CVP.

⁸⁴ Olten 1798–1991, 349–352.

geprägt.⁸⁵ 1972 wurde «AZ»-Redaktor Kurt Troxler SP-Präsident. Er war damals zusammen mit seiner Frau Ursula einer der Jüngsten in der Partei. Als Troxler das Amt des Präsidenten übernahm, war Hermann Berger die starke Figur der Partei: «Er regelte die Parteiangelegenheiten relativ autokratisch. Er besetzte relativ selbständig die städtischen Kommissionen. Die Fraktionssitzungen fanden in der Regel eine halbe Stunde vor den Gemeinderatssitzungen statt. Er gab dann jeweils den Kurs vor.»⁸⁶ Für Troxler war es deshalb zu Beginn schwierig, seine eigene Linie durchzusetzen. Während seiner Amtszeit im Verlauf der 70er Jahre entstand allmählich eine neue Strömung in der Partei. Junge Leute traten bei, die eine linkere und grünere Politik vertraten. Bei ihnen waren auch mehr Berührungspunkte zu den Neuen Linken vorhanden als bei der älteren Generation. Viele dieser Jungen hatten einen Universitätsabschluss oder waren noch im Studium. So entstand ein neuer links-grüner Flügel in der Partei, der durch das grosse Engagement seiner Exponenten rasch an Einfluss gewann. Dieser neue Flügel war auch dafür verantwortlich, dass die Machtverteilung der verschiedenen Parteien, und auch die Zusammenarbeit mit FdP und CVP, stärker als bisher in Frage gestellt wurde. So wurde 1981 mit Stadtrat Willy Eggenschwiler eine Kampf-

wahl um das Statthalteramt gegen den bisherigen Amtsinhaber der CVP geführt⁸⁷ und 1983 ein Referendum gegen die von den Bürgerlichen beschlossenen Steuersenkungen ergriffen.⁸⁸ Beide Unterfangen blieben jedoch ohne Erfolg.

1.3.3 Die Mitgliederstruktur der SP Olten

Für eine Analyse der Mitgliederstruktur der SP Olten stehen im Archiv der Partei zwei Mitgliederlisten aus den Jahren 1977 und 1982 zur Verfügung, ältere Mitgliederverzeichnisse sind leider nicht mehr vorhanden. Damit lässt sich die jeweilige Mitgliederstruktur aufzeigen. Jedoch ist die Aussagekraft, was die Entwicklung anbelangt, durch den geringen zeitlichen Abstand recht beschränkt. Die SP Olten zählte 1977 331 Mitglieder, 1982 noch 299. Der Mitgliederbestand nahm also in diesen fünf Jahren um gut 10% ab. Dieser Umstand muss bei der Betrachtung der Resultate der Auswertung berücksichtigt werden. Bei der Liste von 1982 fehlt bei zwei Mitgliedern die Altersangabe, deshalb umfasst die Auswertung der Altersstruktur für das Jahr 1982 nur 297 Mitglieder.

⁸⁵ Interview mit Kurt Troxler, A41.

⁸⁶ Interview mit Kurt Troxler, A42.

⁸⁷ Protokoll der Parteiversammlung der SP Olten, 5. August 1981.

⁸⁸ Protokoll der GL der SP Olten, 28. Februar 1983.

Die Analyse der Altersstruktur nach Kategorien von jeweils zehn Jahren ergibt folgendes Bild: 1977 stellten die Kategorien der 51- bis 60-Jährigen und der 41- bis 50-Jährigen am meisten Mitglieder. Der starke Mitgliederrückgang schlägt sich auch im Vergleich der Alterskategorien nieder. Zwischen 1977 nahmen die Mitgliederzahlen in allen Alterskategorien ab, die einzige Ausnahme bildete diejenige der 60- bis 70-Jährigen. Besonders stark fiel die Abnahme bei den beiden Kategorien aus, die 1977 über die meisten Mitglieder verfügten.

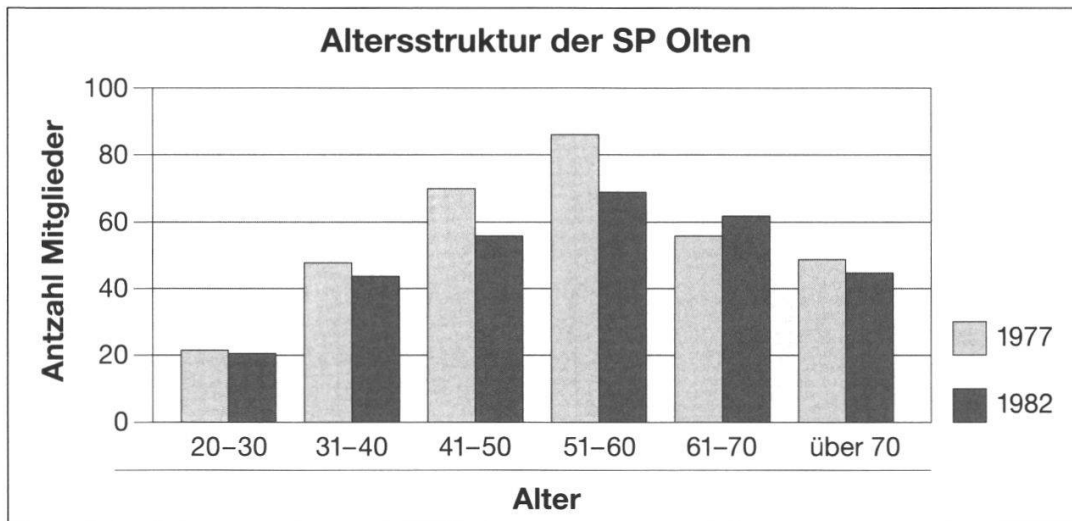


Abbildung 7: Die Alterstruktur der SP Olten 1977 und 1982.
Daten: Mitgliederverzeichnisse 1977 und 1982.

Besonders deutlich wird diese Entwicklung, wenn man nicht die absoluten Mitgliederzahlen betrachtet, sondern den prozentualen Anteil, den die einzelnen Kategorien verglichen mit dem gesamten Mitgliederbestand ausmachten.

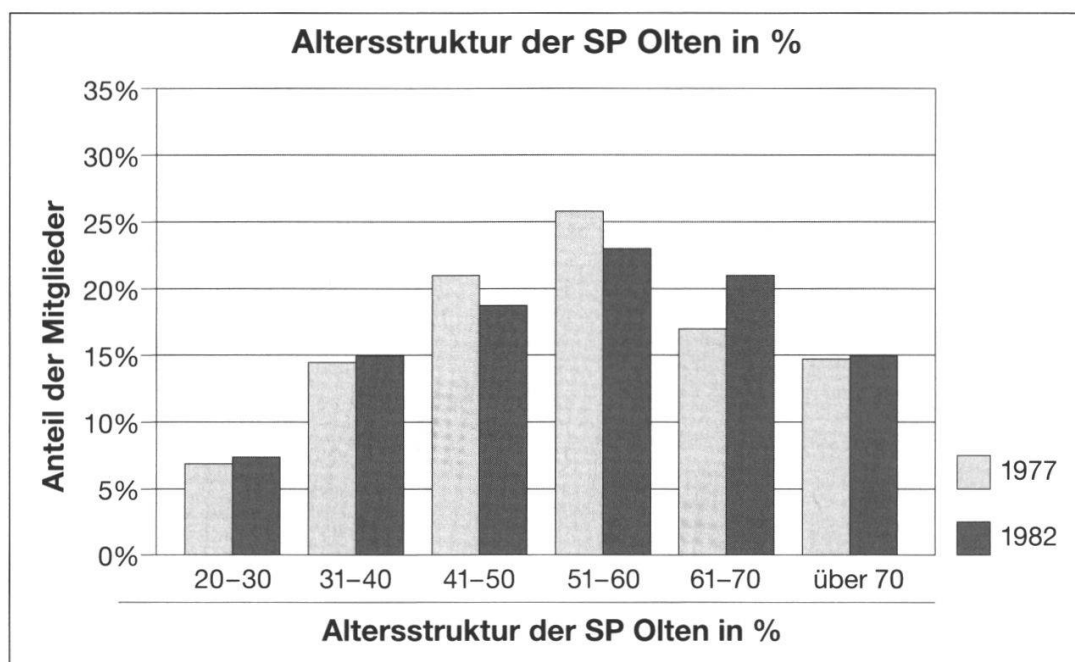


Abbildung 8: Die Alterstruktur der SP Olten 1977 und 1982 in %.
Daten: Mitgliederverzeichnisse 1977 und 1982.

Die Anteile der 41- bis 50-Jährigen und 51- bis 60-Jährigen nahmen in der Partei ab, während jene der 60 bis 70 Jährigen stark zunahmen. Die übrigen Kategorien erhöhten ihren Anteil ganz leicht. Das Durchschnittsalter der Mitglieder stieg in den fünf Jahren nur marginal von 53,4 auf 53,9 Jahre. Der Median blieb unverändert bei 54 Jahren. Dies lässt den Schluss zur, dass in der SP Olten vor allem die über 60-Jährigen sowie die unter 40-Jährigen bezogen auf die Mitgliederzahlen an Gewicht gewannen.

Betrachtet man den Anteil der «68er» in der SP Olten, zeigt sich folgendes Bild: 1977 lag ihr Anteil bei 11,2%, was 37 Mitgliedern entsprach. 1982 steigerte sich der Anteil auf 14,8% bzw. 44 Mitglieder. Dominant war die ältere Generation: 1977 machte ihr Anteil 88,2% aus, 1982 sank er auf 79,8%. Bescheiden hingegen war der Anteil der jüngeren Generation: 1977 waren es gerade mal zwei Mitglieder bzw. 0,6%. 1982 waren es 14 Mitglieder, was einem Anteil von 5,4% entsprach.

Bei der Betrachtung der Berufsstruktur der SP Olten fällt die Dominanz der SBB-Angestellten auf, die fast einen Drittel des gesamten Mitgliederstandes ausmachten. Deutlich abgeschlagen folgten

die Kategorien Handwerker und Ungelernte, Staats- und Gemeindeangestellte und kaufmännische Berufe. Die übrigen Kategorien waren anzahlmässig weniger von Bedeutung.

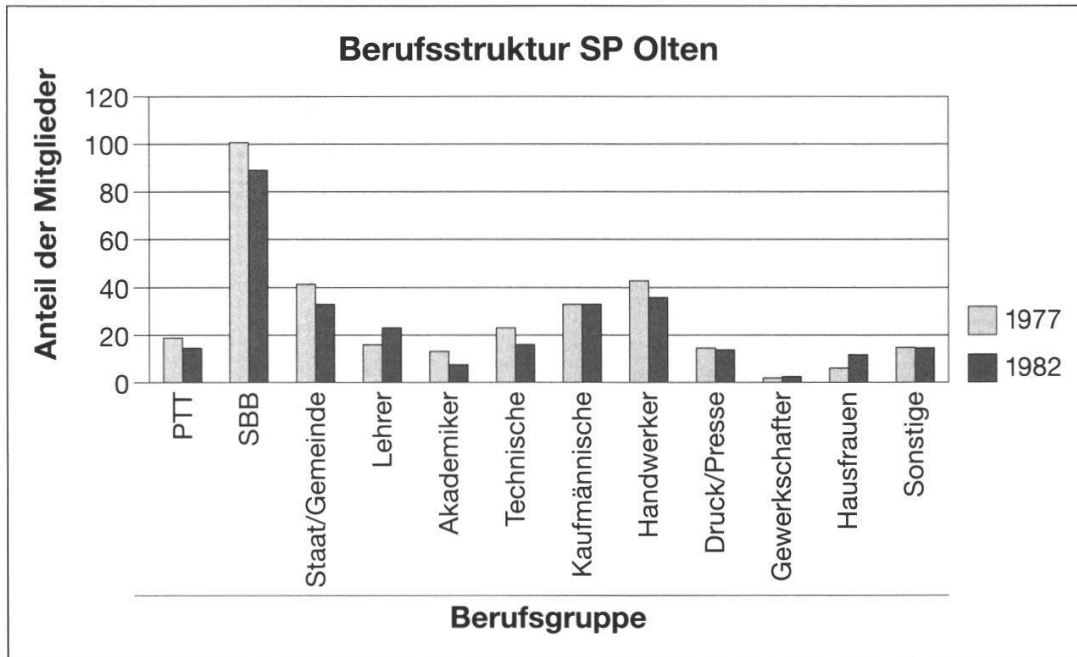


Abbildung 9: Die Berufsstruktur der SP Olten 1977 und 1982.
Daten: Mitgliederverzeichnisse 1977 und 1982.

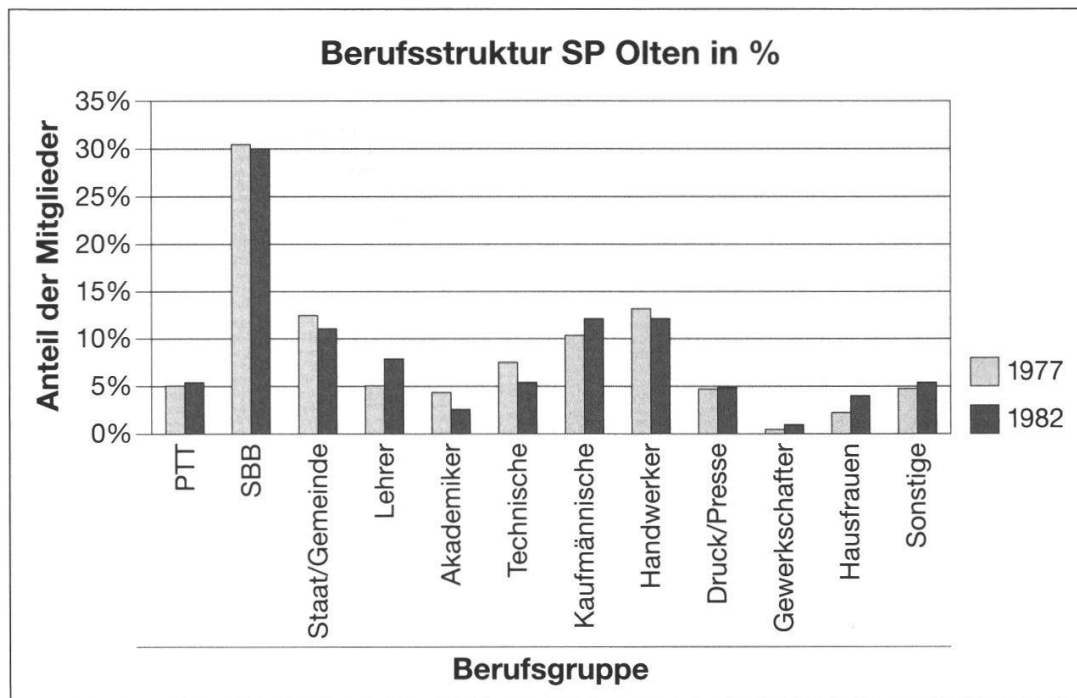


Abbildung 10: Die Berufsstruktur der SP Olten 1977 und 1982 in %.
Daten: Mitgliederverzeichnisse 1977 und 1982.

Der Vergleich der beiden Jahre zeigt einzig bei den Lehrern, bei den Hausfrauen sowie bei den Gewerkschaftern eine Zunahme der Mitglieder. Die Steigerung bei den Gewerkschaftern fiel jedoch von einem Mitglied auf zwei relativ bescheiden aus. Eine Abnahme der Mitglieder ist neben den Angestellten der SBB sowie des Staates und der Gemeinden bei den Akademikern, den technischen Berufen und bei den Handwerkern und Ungelernten festzustellen.

Vergleicht man die prozentualen Anteile der verschiedenen Berufsgruppen, kann man eine Abnahme bei den Staats- und Gemeindeangestellten, den Akademikern, den technischen Berufen und den Handwerkern und Ungelernten feststellen. Demgegenüber nahm bei den Lehrern, den kaufmännischen Berufen und den Hausfrauen die Anzahl der Mitglieder zu.

2. Die SP und die Atomenergie

2.1 Die Atomenergie in der Schweiz

2.1.1 Die Entwicklung der Atomenergie in der Schweiz

In der Schweiz wurde schon seit den 20er Jahren an der Entwicklung der Atomtechnologie gearbeitet. Eine führende Rolle unter den Schweizer Instituten nahm dabei das Physikalische Institut der ETH Zürich unter Prof. Paul Scherrer ein. 1945 wurde die Studienkommission für Atomenergie (SKA) ins Leben gerufen, deren Präsident Scherrer wurde. Neben Bundesvertretern nahmen auch Hochschulprofessoren, die auch die Interessen der Elektrizitätswirtschaft wahrnahmen, in der Kommission Einsitz. Die Aufgabe der Kommission war es, die Grundlagenforschung und Projektierung von Versuchsreaktoren zu fördern und zu koordinieren. Dazu gab sie bis zur ihrer Auflösung 1958 etwa 10 Millionen Franken aus. Die Arbeit der SKA hatte auch einen militärischen Aspekt. In geheimen Richtlinien beauftragte das Eidgenössische Militärdepartement (EMD) die SKA 1946 «die Schaffung einer schweizerischen Bombe oder anderer geeigneter Kriegsmittel, die auf dem Prinzip der Atomenergie beruhen, anzustreben».⁸⁹ Die Verantwortlichen der Elektrizitätswirtschaft zeigten hingegen zu Beginn ein geringes Engagement, weil sie sich von der Atomenergie kaum Nutzen erhofften.

Dagegen hatte die exportorientierte Industrie unter der Führung von Walter Boveri, dem Präsidenten der BBC, grosses Interesse an der Atomenergie. Um den Wissensrückstand der Schweiz gegenüber

⁸⁹ Zitiert in: Geschichte der Kerntechnik, 41.